

Stellungnahme von Ashok Sridharan

From: [CDU Bonn](#)

Sent: Monday, August 24, 2020 11:23 AM

To: arminlauven@gmx.de

Subject: Ihre Anfrage

Sehr geehrter Herr Lauven,

vielen Dank für Ihre E-Mail in der Sie mich auffordern den ICAN-Städteappell zu unterstützen. Dieser Appell hat das Ziel, die Bundesregierung zum Beitritt des weltweiten Atomwaffenverbotsvertrages zu bewegen. Die Bundesrepublik Deutschland ist dem Abkommen bisher mit der Begründung nicht beigetreten, dass eine Abrüstung nur mit den Nuklearmächten möglich ist. Wie Sie selbst schreiben ist im Bürgerausschuss am 3. Juli 2019 ein Bürgerantrag mit Mehrheit abgelehnt worden, der für eine Unterstützung des ICAN-Städteappells geworben hatte. Ich persönlich teile die Auffassung der Bundesregierung. Ohne den Willen der Atommächte, hat ein Atomwaffenverbotsvertrag keine Chance. Solange Staaten wie China, Russland und die USA auf Abschreckung durch Atomwaffen als Mittel der Politik setzen, wird es keine Welt ohne Atomwaffen geben.

Wir in Bonn setzen uns auf vielfältige Weise für den Frieden ein, denn in Bonn ist Frieden ein wichtiges Thema, das von vielen Akteuren am internationalen Standort engagiert vertreten wird. 2020 ist dabei ein wichtiges Jahr. Vor 75 Jahren endete der Zweite Weltkrieg. Der 75. Jahrestag des Kriegsendes ist für uns mahnende Erinnerung. In 1945 wurden aber auch die Vereinten Nationen gegründet, die in Bonn ihre Arbeit für eine nachhaltige Zukunft zusammengeführt haben.

Jährlich begehen wir in Bonn mit zahlreichen Akteuren die Friedenstage im September und engagieren uns aus voller Überzeugung im Netzwerk Mayors for Peace. Am 8. Juli haben wir gemeinsam mit Engagierten der Bonner Friedensbewegungen die „Mayors for Peace Flagge“ vor dem Alten Rathaus gehisst. Am 6. August fanden weitere wichtige Veranstaltungen statt: Die Mahn- und Gedenkveranstaltung am Hiroshima-Mahnmal in Beuel und eine ganz besondere Baumpflanzung in der Bonner Rheinaue, unweit des Japanischen Gartens. Mit dieser Pflanzung folgte die Stadt Bonn einem Aufruf aus dem Jahre 2016, Samen von Bäumen aus der Todeszone der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki zu züchten und zu pflanzen. Ich hoffe, dass dieser Baum in Zukunft zu einem Ort des Rastens, Verweilens, Gedenkens und Hoffens für Besucherinnen und Besucher der Bonner Rheinaue wird.

Mit freundlichen Grüßen

Ashok Sridharan

Stellungnahme Katja Dörner

From: [Katja Dörner - GRÜNE Bonn](#)
Sent: Monday, August 31, 2020 3:27 PM
To: arminlauven@gmx.de
Subject: Re: WG: ICAN Städteappell

Sehr geehrter Herr Lauven,

vielen Dank für Ihre Anfrage zu dieser wichtigen Thematik. Wie von Ihnen dargelegt, haben sich bereits einige Städte dem Appell angeschlossen, die Bundesregierung aufzufordern, den Vertrag zu unterzeichnen. Auch wir hätten es befürwortet, wenn in Bonn eine Mehrheit für dieses wichtige Anliegen zu Stande gekommen wäre und haben uns dementsprechend auch geäußert.

Auch auf Bundesebene haben wir Grünen uns klar positioniert. Im Antrag „Nukleare Teilhabe beenden – Atomwaffen aus Deutschland abziehen“ fordern die Grünen die Bundesregierung auf, sich für nukleare Abrüstung und eine Welt ohne Atomwaffen einzusetzen.

Ich würde es sehr begrüßen, wenn wir nach der Wahl ins Gespräch kommen und gemeinsam überlegen könnten, wie Bonn als UN-Standort und internationale Stadt Ihr aus meiner Sicht wichtiges Anliegen unterstützen kann.

Mit freundlichen Grüßen,
Katja Dörner

Stellungnahme von Michael Faber

-----Ursprüngliche Nachricht-----

From: Faber, Michael (Die Linke-StV)
Sent: Tuesday, September 01, 2020 1:39 PM
To: Armin Lauven
Subject: Re: ICAN - Städteappell

Sehr geehrter Herr Lauven,
bitte entschuldigen Sie meine Rückmeldung auf Ihre E-Mail erst jetzt. Offenbar hatte ich die Anfrage von Ende Juli im Wahlkampf aus den Augen verloren.

Dem ICAN-Städteapell kann ich mich aber ohne jede Frage aus Überzeugung inhaltlich anschließen und befürworte den Beitritt Bonns zu diesem Appell für eine Welt ohne Atomwaffen. Meine Fraktion hat den darauf zielenden Bürgerantrag bereits in der Vergangenheit unterstützt und die heutige Mitgliedschaft Bonns bei den Mayors for Peace durch unseren Antrag erreicht.

Soweit nach der Kommunalwahl die Zusammensetzung des Stadtrates sich maßgeblich verändert hat und Aussicht auf eine Mehrheit besteht, werden wir gerne selbst einen entsprechenden Antrag, am besten mit anderen dem Anliegen wohlgesonnenen Fraktionen zusammen, einbringen.

Ich hoffe, diese Rückmeldung reicht Ihnen aus. Sehr gerne stehe ich anderenfalls bei Rückfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
Michael Faber

Stellungnahme von Werner Hümmrich

From: [Held, Julius \(FDP-Fraktion\)](#)

Sent: Tuesday, September 01, 2020 1:08 PM

To: arminlauven@gmx.de

Subject: AW: ICAN - Städteappell

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir Freie Demokraten wollen, dass die Europäische Union (EU) eine starke Stimme für Abrüstung und Rüstungskontrolle weltweit ist. Wir stehen ein für die Einhaltung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrags (NVV). Dieser ächtet jeglichen Einsatz von Nuklearwaffen. Darüber hinaus wollen wir die internationale Rüstungskontrolle und Abrüstung weiter vorantreiben. Denn wir halten die Weiterverbreitung von nuklearen, aber auch biologischen und chemischen Waffen für eine Gefährdung der internationalen Sicherheit. Gerade durch die derzeitige weltpolitische Lage sind bestehende Abrüstungsregime bedroht und die internationale Norm der Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen wird geschwächt. So stehen weitere Staaten an der Schwelle zur Nuklearmacht, bestehende Nuklearmächte wollen wieder aufrüsten und die Bedeutung von Atomwaffen scheint in der globalen Sicherheitspolitik leider wieder zuzunehmen. Wir brauchen deshalb einen neuen diplomatischen Anlauf für Rüstungskontrolle und Abrüstung, der über einen bloßen Symbolcharakter hinausgeht. Deutschland sollte hier zusammen mit seinen europäischen Partnern eine Führungsrolle übernehmen.

Der Abzug der taktischen Atomwaffen aus Deutschland kann nur gemeinsam mit unseren Partnern in der NATO beschlossen und umgesetzt werden. Die NATO ist nach wie vor unser wichtigster sicherheitspolitischer Anker. Es wäre fahrlässig, einseitige oder nicht abgestimmte Entscheidungen, die dann auch das gesamte Bündnis betreffen, isoliert zu fällen. Besonders dann nicht, wenn diese Entscheidungen der Strategie der NATO, beruhend auf der bisherigen Sicherheitsarchitektur, entgegensteht. Deshalb hat auch Deutschland unter Führung der damaligen schwarz-roten Bundesregierung im Juli 2017 bei einer UN-Abstimmung gegen ein völkerrechtliches Verbot von Atomwaffen gestimmt. Das war richtig. Auch aus Sicht der Freien Demokraten kann es bei der nuklearen Abrüstung Erfolge nur geben, wenn politische Alleingänge vermieden werden.

Mit freundlichen Grüßen
Werner Hümmrich